

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Marktgasse 32. Nr. 793. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährlich 96.— ganzjährig 192.—

Kubicek.

Kubicek! Das ist nicht nur der Name einer Person, sondern ein Sammelname. Der persönliche Träger des Namens stand am Dienstag im Parlamente vor dem Gerichte der Öffentlichkeit. mit ihm zugleich aber stand vor diesem Gerichte auch das durch seinen Namen repräsentierte System. Was in der dienstägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses anlässlich der Debatte über den Krach der Bohemia- und der-Mährisch-schlesischen Bank vorgebracht wurde, das steht nicht nur in der Geschichte dieses Parlamentes, sondern der parlamentarischen Geschichte überhaupt, ohne Beispiel da. Wenn man sagt: es wurde schmutzige Wäsche gewaschen, so ist das für die Vorgänge vom Dienstag eine schwächliche Bezeichnung. Was da aufgedeckt wurde, das war nicht mehr der fragwürdige Zustand der politischen Lebewäsche einzelner Abgeordneter, sondern ein stinkender Sumpf, der seine mephitischen Dünste im Hause verbreitete. Es war der penetrante Verwesungsgeruch einer Klasse, eines Systems, das bisher mit dem Mantel des Rationalismus vor den Augen der Öffentlichkeit mehr und minder geschickt verdeckt worden war. Von der im Augenblick am schwersten kompromittierten Partei, der Partei der tschechischen Agrarier, der die Bohemia-Bank untergeordnet ist, war alles vorgekehrt worden, was das System, wenigstens nach außen, entlasten könnte: die Schweinereien der Bohemia-Bank sollten als Fehler und Sünden einer einzelnen Person erscheinen, darum wurde ihr Präsident Dr. Kubicek aus der agrarischen Partei ausgeschlossen und man hoffte, er werde daraus die Konsequenz der Niederlegung seines Abgeordnetenmandates ziehen, werde spurlos von der Oberfläche verschwinden. Zur höheren Ehre des Gottes Mammon sollte er geopfert werden und seine Opferung sollte die über die sich häufenden Bankskandale erregte Öffentlichkeit beruhigen. Aber dem Herrn Dr. Kubicek fiel es nicht ein, die Rolle des frommen Lammes zu spielen, das durch seinen Opfertod alle Sünden der Welt, seiner Welt, hinwegnehmen sollte, sondern er erschien im Parlamente, nicht nur um den Versuch seiner eigenen Rechtfertigung zu machen, sondern, um auch selber Enthüllungen über andere, noch mehr Schuldige, zu machen. Seine Rede war, wenn er sie auch nicht zu Ende halten konnte, ein zeitgeschichtliches Kulturdokument. Mein Schild ist rein, versicherte er; wenn ihm dies auch niemand glauben wird, so wird doch jeder aus dieser Behauptung heraus hören, daß sein „Schild“ nicht schmutzbedeckt ist, als der so manches andere, der sich noch immer ungefüßt in allen Ehren und Würden sonnen darf. Und es ist wirklich nicht der eine Kubicek allein, der auf die Anklagebank gehört. Der Kubicek, die das Zuchthaus zumindest mit dem Kermel gestreift haben, laufen im Staate noch mehr herum. Als am Dienstag abends die denkwürdige Sitzung geschlossen wurde, verlief nicht nur er als Verurteilter den Saal. Unter den moralisch Gerichteten befanden sich auch die Mitglieder der früheren Regierung, die so trefflich die Heranzüchtung der Kubiceks verstanden haben.

Herr Dr. Kubicek ist ein Mann in jungen Jahren, dem es gelungen ist, in verblüffend kurzer Zeit einen schwindelnden Aufstieg zu machen. Seine Laufbahn ist dennoch keine individuelle, sondern für die Angehörigen der herrschenden Parteien typische. Beirung der Nation, das war das Schlagwort, unter dem das tschechische Bürgertum sich in den Sattel setzte. Das war die magische Zauberformel, welche die tschechischen Volksmassen hypnotisierte, während indessen die Politiker sich bemüht, Staat und Nation zu ihrer Messkur zu machen und durch ihren politischen Einfluß Macht und Geld zu erringen. Mit aller Ellenbogenrücksichtslosigkeit erzwingen sich die uneigennütigen nationalen Helden in allen Instituten und Unternehmungen, wo nur irgend Profit und Gewinn zu erwarten stand, Platz für sich, wobei der Einfluß der Regierung nicht selten mithelfen mußte, so daß viele Aktien-

Die Ruhrdebatte im Reichstag.

Breitscheid für ein positives Angebot Deutschlands.

Berlin, 18. April. (Eigenbericht.) Die außenpolitische Debatte des Reichstages wurde heute zu Ende geführt, ohne daß sie ein positives Ergebnis über die Absichten der Regierung zeitigte. Genosse Dr. Breitscheid betonte noch einmal, daß unsere Partei mit der Fortsetzung des passiven Widerstandes einverstanden sei, zugleich aber für das grundsätzliche Festhalten am Verständigungswillen sei. Sie müsse daher ein positives Angebot Deutschlands als ersten Schritt zur Abmilderung von Verhandlungen fordern. Mit Stresemann stimme er darin überein, daß ein solches Angebot durchaus nicht alle Detailfragen behandeln, daß es aber so gehalten sein müsse, daß es in Frankreich und Belgien die Opposition gegen das Ruhrabenteuer stärke. Die Sicherheiten dürften allerdings nicht vor dem Bestehen einer Reform der Finanzen in Frage kommen. Abteilungen werde die Sozialdemokratie nicht dulden, dagegen sei sie für eine Entmilitarisierung des Rheinlandes. Am günstigsten wäre es auch für Frankreich, wenn es eine Politik betriebe, die der deutschen Demokratie nütze. Sehr gemäht sprach heute der deutschnationale Helfferich, der nur betonte, daß ein Angebot ohnehin abgelehnt würde und man nicht kopflos werden und vor Frankreich lauschen dürfe. Der Kommunist Frölich polemisierte gegen die Zweite Internationale, der er vorwarf, daß sie Bankrott gemacht habe und nicht wage, ihr Programm in der Ruhrfrage zu veröffentlichen. Die Regierung meldete sich nicht mehr zum Worte, obwohl sich zeigte, daß auch der größte Teil der Bürgerlichen nicht ihre, sondern die sozialdemokratischen Ansichten für richtig hält. Sollte sie auch jetzt nicht daran gehen, ein Angebot herauszubringen, so wird sie mit stärkeren Mitteln, besonders von Seiten der Gewerkschaften gezwungen werden. Denn über die deutsche Politik in der Ruhrfrage wird nicht die deutsche Regierung, sondern die Ruhrbevölkerung entscheiden. Die Meldungen über die bevorstehende Bildung der „großen Koalition“ sind verfrüht. Die Sozialdemokratie denkt vorläufig nicht daran, der Regierung Cuno die Verantwortung abzunehmen.

Katastrophenhaufe an der Berliner Börse.

Berlin, 18. April. (Eigenbericht.) Die Notwendigkeit, ausländische Zahlungsmittel zur Beschaffung von Waren aufzulassen, hat heute seit längerer Zeit wieder zu einer Devisenhausse geführt. Der Dollar stieg von 21.158 auf 26.000 (nachbörslisch 33.000), das englische Pfund von 98.252 auf 140.712 und die tschechische Krone von 632 auf 733. Die verantwortlichen Kreise hüllten sich in Schweigen, nur soviel verlautet, daß die Reichsbank eine neue Taktik zur Stützung der Mark ergreifen will.

Der Anschlag der Zuderwucherer abgewehrt.

Der Märzpreis des Zuders unverändert.

Prag, 18. April. Der heutige Ministerrat beharrte auf seinem Beschlusse, eine Erhöhung der Märzpreise des Zuders nicht zu bewilligen und hat gleichzeitig die notwendigen Maßnahmen getroffen, daß der für den heimischen Konsum bestimmte und notwendige Zuder nicht ausgeführt werden kann. Diese vorläufigen Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten wurden durch den Beschluß ergänzt, daß alle Vermittler zwischen Erzeuger und Konsumenten, welche den Zuder zu höheren Preisen, als bis Ende März l. J. bewilligt wurden, verkaufen würden, verfolgt werden. Weiters beschloß der Ministerrat, alle notwendigen Maßnahmen gemäß den geltenden Gesetzen zu ergreifen, damit die Märzpreise des Zuders am Markte zur Geltung kommen.

Preise des Spiritus in keinem andern Staate so hohe sind, wie hier, obwohl ein ungeheurer Ueberfluß an Spiritus herrscht. Kubiceks Verwendbarkeit ließ ihn dann zum Präsidenten des Raffinärverbandes aufsteigen, der weit über 100 Raffinerien umfaßt. Und wieder binnen kurzem wurde er Verwaltungsrat der landwirtschaftlichen Kreditbank und Präsident der Aktiengesellschaft Vantoch in Nimburg, der bekannten Likörfabrik, die früher ungeheure Gewinne abwarf, in letzter Zeit jedoch eine mäßigerer Geschäftslage aufweist. Herr Dr. Kubiceks Geschäftstüchtigkeit verstand es aber auch hier sein Schäfchen ins Trockene zu bringen, indem er, als er Präsident der Bohemia-Bank geworden war, dieser 7500 Aktien der zweiten Emission, die zum großen Teil in seinem eigenen Besitz waren und die er billig erstanden hatte, mit ungeheurem Preisauflage zu verkaufen verstand. Alles in allem: kein Aufstieg, die Art seiner Geschäftemacherei, der von ihm betriebene Mißbrauch seines politischen Einflusses für die persönlichen Interessen und für jene einer bestimmten Geschäftsgruppe, sie stehen nicht alle da. Sein Fall ist eine Anklage gegen das System, eine Anklage, die durch Kubiceks Enthüllungen nur noch gesteigert wurde. Ueber diese Enthüllungen und das ihnen folgende beredete Schweigen in einem nächsten Artikel. „Es ist manches faul im Staate Dänemark.“ In diesem Staate müßte Kamlet seiner Wahrnehmung eine weit-umfassendere Form geben!

Die Tschechen in Wien.

Die Wiener Tschechenführer und Gemeinderäte Krimm und Machat reisen gegenwärtig in der Tschechoslowakei umher und halten in verschiedenen Städten Versammlungen ab, in welchen sie die Lage ihrer Landsleute in Deutschösterreich und Wien, dieser „Expositur Prag“, wenn nach ihrem Herzen ginge, mit einem entsprechenden Aufwand an nationalem Pathos und Phantasie schildern. Da sie es dabei mit der Wahrheit nicht allzu genau nehmen, haben wir schon unlängst, gestützt auf einen Brief Otto Glöckels, kurz festgesetzt, und ebenso erweist sie ein Bericht des amtlichen Korrespondenzbüros über ihre montägige Brüner Versammlung als Märchenzähler von ansehnlichem Range. Wüßten doch die Herren Abgeordneten Krimm und Machat in der Brüner Beseda zu melden, daß „nach einer Privatstatistik aus Wien nach dem Umsturz etwa 200.000 Personen in die Tschechoslowakei übersiedelt seien, trotzdem sei aber die Zahl der tschechischen Minderheit nicht kleiner, als die Ziffer der letzten Volkszählung ergeben habe.“ Ein leibhaftiges Wunder in unserer nichternen Zeit! Zweihunderttausend Menschen wandern aus einer Stadt aus und der zurückbleibende Rest ist noch immer so groß, wie das Ganze gewesen war, bevor die Auswanderer zu Staub und Änzeln ariften. Wen überkommt da nicht ein frommer, kindlicher Schauer wie angesichts der biblischen Legende, daß Christus fünftausend Menschen mit drei Broten und zwei Fischen gespeist habe? Von dem Zahlenwunder abgesehen, ist der amtliche Brüner Bericht nichtsagend, vor allem verrät er uns nicht, was die beiden Abgeordneten „über die kulturellen und Schulverhältnisse der Wiener Tschechen“ im einzelnen erzählt haben. Nur den Grundton ihrer Reden kann man aus der mageren Nachridten heraus hören, insofern nämlich das Preßbüro es als „interessant“ hervorhebt, daß die Versammlung dem Redner bei den Vorwürfen, welche er jenen machte, die über die Verhältnisse in unserer Republik jammern, stürmische Zustimmung zollte.“ Daraus läßt sich mit Leichtigkeit die Behauptung des Herrn Machat rekonstruieren, daß es in der Tschechoslowakei tausendmal besser sei, als in Wien und daß die Wiener Tschechen froh wären, wenn man sie dort so behandeln wollte, wie hier die Deutschen. Welcher Lärm würde wohl hierzulande entstehen, wenn etwa ein jüdisch-deutscher Abgeordneter in Wien und Berlin Reden von ähnlicher Tendenz hielte, wie würden ihm da die Injurien, der Vorwurf des „Hochverrats“ und der fluchwürdigen „Allopatrität“ an den Kopf fliegen? Wenn aber die Krimm und Machat in Brünn und anderen Orts dasselbe tun, dann ist es eine ruhmvolle Tat und das Preßbüro verlobt es froh aller Welt. Nach einer bestimmten Richtung hin kann man die Klagen genauer feststellen, die in den jetzt eben abgehaltenen Versammlungen vorgebracht werden; denn über die Schulforderungen der Wiener Tschechen liegt ein in den Brüner „Lidove Noviny“ vom 12. November 1922 abgedrucktes Referat des gleichnamigen Abgeordneten Machat vor, das er in einer Konferenz der Vertrauensmänner der Wiener tschechoslowakischen Sozialdemokraten erläuterte. Es aimed „Unzufriedenheit mit dem bisherigen Stand des Minoritätsschulwesens in Wien“ und klagte vor allem den in Brünn abgeschlossenen Vertrag zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei an, der den Tschechen zu wenig politische Rechte sichere. Daneben lehnten der Referent und eine auf seinen Antrag hin angenommene Resolution den Gedanken ab, auf die öffentlichen tschechischen Schulen in Wien zu verzichten und sie durch von Gemeindegewegen entsprechend unterstützte tschechische Privatschulen zu ersetzen. Vielmehr sollen das öffentliche und das Privatschulsystem planvoll ineinander greifen. Der angekündigte Kampf gegen den Brüner Vertrag ist, wessen sich die Antragssteller bewußt sein sollten, vom tschechisch-nationalen Standpunkt aus gesehen, eine zweischneidige Sache. Denn bei seiner Abänderung müßte der Grundlag zur Anwendung kommen „Recht um Recht“, das heißt, jeder vertraglichen Verbesserung des tschechischen Schulwesens in Oesterreich müßte eine solche des deutschen Schulwesens in der Tschechoslowakei entsprechen. Wir fürchten sehr, daß unter solchen Umständen die Wiener Tschechen, wenn sie auf einen neuen „Brüner Vertrag“ drängen, an ihren Prager Brüdern weit entscheidendere Geqner finden würden, als an Oesterreichs Deutschen. Denn diese verkehrten Deutschen Oesterreichs haben ihrer tschechischen Minorität auch ohne die Abänderung des Vertrages weit mehr gegeben, als wo-

zu sie durch die Brünner Abmachungen verpflichtet sind.

Da in Brünn vereinbart wurde, daß für je 42 in Oesterreich beheimatete Kinder, die sich für eine tschechische Schule melden, eine Volksschulkasse zu errichten sei und da sich in Wien derzeit 2438 solcher Kinder befinden, ist die Gemeinde Wien nur verhalten, sechszig Klassen zu eröffnen, tatsächlich aber sind hundert Klassen in Betrieb. Die Gemeinde Wien hat also die ihr auferlegte Pflichtleistung mit siebzehn Prozent freiwillig überfüllt und hat sich, weil sie sich von pädagogischen und nicht von nationalitätlichen Erwägungen leiten läßt, auch der 1922-Kinder von Ausländern großzügig angenommen. Man kann diese Leistung erst voll würdigen, wenn man erwägt, daß die deutschösterreichische Regierung, als sie die Geschäfte nach dem Umsturz übernahm, seine öffentlichen tschechischen Schulen vorband, daß es sich also um Neuerrichtungen handelt, durchgeführt von einem bettelarmen, um die tägliche Notdurft verzweifelt ringenden Staat. Dies traurige Los ist der Tschechoslowakei nicht beschieden, ihr oblag nicht die Schwierigkeit, neue Schulen zu eröffnen, aber trotzdem hält sie ihre Pflicht für getan, wenn sie die vorhandenen deutschen Schulen solange abbaut, bis in einer Klasse sechszig und sechszig Schüler zusammenge-

pfercht sitzen! Und wenn wir die diversen Bezirks- und Landeschulräte auffordern wollten, sich bei der Bestimmung der Klassenanzahl großzügig zu benehmen, und auch Kinder von Ausländern mitzurechnen, würden wir ganz andere Zahlen zur Antwort bekommen, als die Wiener Tschechen von ihren Behörden. Ebenso dürfen wir, was die Gratisbeistellung von Lehr- und Lernmitteln und die Sorge um hygienisch einwandfreie Räume anlangt, getrost auf das Wiener Beispiel verweisen, und wenn die Not die Wiener zwingt, deutsche und tschechische Schulen in einem Gebäude zu vereinigen und mit einem Lehrermaterial vorlieb zu nehmen, das sprachlich nicht allen Anforderungen entspricht, so ist das ein Mangel, an dessen Abstellung Genosse Glöckel eifrig arbeitet; sich darüber zu beschweren, liegt also kein Anlaß vor. Und was immer Nachsit an Klagen vorbringt — von Verrechnungslagen des 4kerlichen Willens, von Zwangsausschaltungen und amtlicher Feststellung der Rationalität eines Kindes hören wir nichts.

Trotzdem „sollten ihm seine Zuhörer stürmische Zustimmung, als er jenen Vorwürfe machte, die über die Verhältnisse in unserer Republik jammern.“ Denn die Bißigkeit unserer Nationalisten ist so beschaffen, daß sie den Splitter im Auge des Nächsten in hundertfacher Vergrößerung sehen, den Balken im eigenen aber absolut nicht.

Aus den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses.

Der Bankenkredit vor dem Budgetausschuß.

Ein angeregter Antrag des Abg. Gen. Taub. In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses verwarf sich Abg. Gen. Taub dagegen, daß Beschlüsse des Budgetausschusses nicht durchgeführt werden. Er verwies darauf, daß der Budgetausschuß beschlossen hat, den Finanzminister aufzufordern, Bericht über den Aufgabenkreis der nach Amerika entsendeten Kommission und über die finanzielle Gebahrung der Staatsgetreideanstalt zu erstatten. Er verlangte die Durchführung dieser Beschlüsse. Redner verweist weiters auf die Ausführungen des Abg. Dr. Kubisek im Abgeordnetenhause anlässlich der Bankdebatte. Das Finanzministerium wurde beschuldigt, seine Pflicht als Aufsichtsbehörde vernachlässigt zu haben, da er auf Grund des im Jänner des Vorjahres durchgeführten Revision nicht entsprechend dem Gesetze gegen die „Bohemia“-Bank vorgegangen ist. Dr. Kubisek hat behauptet, daß eine Scheinbilanz aufgestellt wurde, die nicht dem wirklichen Verhältnisse entspricht und die nur als Vorwand gedient hat. Es wurde gesagt, daß der Finanzminister Dr. Novak von dem Ergebnis der Revision lediglich seinen Parteigenossen Dr. Scheiner, dem damaligen Präsidenten der „Bohemia“, in Kenntnis gesetzt, daß weder der Verwaltungsrat noch das Direktorium den Revisionsbefund erhalten hat. Es wurde Dr. Scheiner nahegelegt, auf seine Stelle zu verzichten. Es wurde behauptet, daß seitens des Finanzministeriums einzelne Sparpläne von dem Stand der „Bohemia“-Bank in Kenntnis gesetzt und darauf aufmerksam gemacht wurden, ihre Einlagen zurückzuziehen. Es wurde schließlich die unerhörte Tatsache zur Kenntnis der Nationalversammlung gebracht, daß sich Herr Dr. Kubisek in den Besitz des Revisionsbefundes des Finanzministeriums durch Vermittlung der Prager Gewerbetreibenden gesetzt hat. Endlich hat der Herr Dr. Kubisek sich mit einem Memorandum vom 27. Jänner 1923 auseinandergesetzt, in welchem nicht nur dem Finanzministerium, sondern auch dem Ministerium des Innern und dem Ministerratpräsidium die Verhältnisse der Bank dargestellt wurden. In allen diesen Angelegenheiten kann der Budgetausschuß unmöglich achlos vorübergehen. Redner beantragte daher, daß der Finanzminister an einer eigens hiezu einberufenen Sitzung des Budgetausschusses teilnehme und daß bei dem Herrn Präsidenten Tomashek auch in der Richtung interveniert werde, daß der ehemalige Finanzminister Novak zu dieser Sitzung eingeladen werde. Der Budgetausschuß beschließt, diesem Wunsch zu entsprechen.

Nahrung Skatals. Abg. Myslivec wünscht Aufklärung über diese Sache, meint jedoch, daß man die Angelegenheit nicht in Abwesenheit des Außenministers verhandeln sollte. Abg. Pastrik wünscht, daß der Außenminister Beneš in die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses geladen werde und auch in der Angelegenheit der Javorina Bericht erstatte. Der Vorsitzende Abg. Nemecek erklärt, daß der Außenminister bereit ist, alle Fragen, die die auswärtige Politik betreffen, zu beantworten und schließt die Sitzung.

Die Bergbauchiedsgerichte.

Vor Eingang in die Tagesordnung der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses interpellierte Genosse Abg. Taub den Vorsitzenden Abg. Dubichy wegen der unerhörten Erscheinung, daß der Entwurf des Gesetzes über die Sozialversicherung, noch ehe er vollständig fertiggestellt ist, in seinen Details in der Presse besprochen und kritisiert wird. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß der Entwurf vor seiner Fertigstellung durch Indiskretion in die Hand unehrlicher Personen gekommen ist, während weder die Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses, noch auch die Mitglieder der beim Ministerium für soziale Fürsorge bestehenden Kommissionen für den Ausbau der Sozialversicherung, im Besitze des Entwurfes sind.

Der Vorsitzende erklärt auf die Anfrage des Genossen Abg. Taub, daß diese durch das Präsidium des Ausschusses dem Minister für soziale Fürsorge vorgelegt werden wird, und daß in der nächsten Sitzung über die Antwort des Ministers Bericht erstattet wird.

Hierauf gelangt die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Bergbauchiedsgerichte zur Verhandlung. Der Referent Abg. Prozil kritisiert die Mangelhaftigkeit der Regierungsvorlage und beantragt, mit der Verhandlung der Regierungsvorlage die Verhandlung über den Initiativantrag der Abg. Dr. Haas, Pohl, Prozil, Draxl und Genossen über den gleichen Gegenstand zu verbinden.

Genosse Abg. Pohl und Genosse Abg. Dr. Haas begründen die Notwendigkeit einer sofortigen durchgreifenden Reform des Gesetzes, welche die Regierung schuldig bleibt, die aber hingegen durch den Initiativantrag durchgeführt wird. Ueber Antrag des Abg. Masik und des Referenten wird beschlossen, die Verhandlungen der Regierungsvorlage von der Tagesordnung abzusehen, und die Regierung aufzufordern, sich binnen 14 Tagen zum Initiativantrag Dr. Haas, Pohl, Prozil und Genossen zu äußern, worauf die Verhandlung, sowohl über die Regierungsvorlage, als auch über den Initiativantrag fortgesetzt wird.

Eine verfassungsrechtliche Streitfrage

Der verfassungsrechtliche Ausschluß des Abgeordnetenhauses genehmigte in der gestrigen Sitzung einen Regierungsantrag durch den die Durchrechnung der Fristen im Gerichtsverfahren bei Waisen- und Vormundschastsachen in der Slowakei und Karpathenland geregelt wird. Sodann wurde der Senatsbeschluss über den Regierungsantrag betreffend die Abänderung der Strafordnung darüber, wer das Recht hat, Zuhörer einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu sein, in Beratung gezogen. Für die Verhandlung dieser Vorlage hat sich der Ausschluß eine Fristverlängerung vom Senat zur Beratung ausbedungen. Der Senat ist dieser Forderung nachgekommen: Sein diesbezüglicher Entschluss ist aber erst nach Ablauf der ursprünglichen Frist erfolgt. Es sind daher Zweifel über die Interpretation der Vorschriften der Verfassung entstanden. Auf Antrag des Abg. Dr. Meißner wurde eine Subkommission gewählt, welche sich mit der Lösung dieser verfassungsrechtlichen Frage befassen wird. In diese Subkommission wurden die Abgeordneten Genosse Dr. Haas, Dr. Matoušek und Dr. Meißner gewählt.

Der Kampf in der chemischen Industrie dauert an.

Die Unternehmer verleumden weiter.

Aussig, 18. April. (Eigenbericht.) Im Laufe des Mittwoch hat sich die Arbeiterschaft der Sauerstofffabrik in Aussig mit elf Arbeitern dem Streik angeschlossen. Im übrigen ist die Streiklage unverändert. Die Anbahnung von Verhandlungen wurde seitens der Vertreter der Arbeiterschaft und seitens der Behörden fortgesetzt. Die Vertreter der Arbeiterschaft stehen nach wie vor auf dem Standpunkte der Verhandlungsbereitschaft. — Der Streik macht sich bereits in einigen Betrieben der Tschechoslowakei unangenehm bemerkbar. So steht eine große Textilfabrik im Reichenberger Gebiet vor dem Stillstand, wenn ihr nicht bestimmte Präparate der Schichtwerke in ausgiebigem Maße geliefert werden. Eine Glashütte im Duxer Gebiet ist ebenfalls vom Stillstand bedroht, wenn ihr nicht bestimmte chemische Präparate geliefert wer-

den. Die Vorschläge der Vertreter des Internationalen Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie in der Frage der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Arbeiterschaft der Schichtwerke war von Erfolg begleitet. Den Arbeitern wird die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden. Es haben sich weiter verschiedene Streikbrecher in der Dachpappefabrik in Türitz gefunden. Bei der Firma Schulz in Aussig wurde unter Generaldirektion ein Wagen in den Hof der Fabrik geführt und dann wieder unter Bedeckung beladen mit Ästen hinausgeführt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Vertreter der Behörden keine anderen Sorgen haben sollten als durch solche Maßnahmen die Arbeiterschaft aufzureizen.

Verbrechungen der Unternehmerfachgruppe.

Die Unternehmerfachgruppe der chemischen Industrie bemüht sich immer wieder, der Öffentlichkeit einzureden, daß der Kampf der chemischen Arbeiterschaft auf einen politischen Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zurückzuführen sei. Ueber sechs Spalten des „Aussiger Tagblattes“ wurden mit einer ganz tendenziösen und teilweise verlogenen Darstellung über den Streik gefüllt. Die Löhne wurden ganz falsch angegeben, um der Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß der Lohnabbau kein so großer sei, daß deshalb ein Streik geführt werden müßte. Dieses Argument ist für die Unternehmer sehr verhänglich, denn es wäre eher Sache der Unternehmer gewesen auf den so „geringen Lohnabbau“ zu verzichten, als viertausend Arbeiter in den Streik zu hegen. Geradezu unerschämmt aber ist die Behauptung des Fachverbandes, daß auch die Frauen in den chemischen Fabriken Arbeiten durch-

führen und sich auf diese Weise etwas verdienen könnten. Die Unternehmer sind also in ihrem sozialen Empfinden bereits so weit gesunken, daß sie verlangen, daß Mann und Weib für sie die Gewinne ersünden sollen. Den Vogel schloß jedoch ein Absatz ab, in dem es heißt, daß der Streik ein kommunistischer Versuchsbalkon ist, in der Absicht losgelassen, die aufgetretenen Differenzen zwischen Industrie und Arbeiterschaft zum Ausgangspunkt eines großangelegten Kampfes zu machen, um dadurch zum Endziel, zum Generalstreik und der sich daraus ergebenden schließlichen Diktatur nach bolschewistischem Muster zu kommen. Wir wissen nicht, ob jenem Herrn mit dem akademischen Grad, der die Berichte der Fachgruppe zusammenschreibt, nicht selbst die Schamröte aufgestiegen ist, als er diese mehr als lächerliche Behauptung aufstellte. Man kann annehmen, daß es um die Position der Unternehmer sehr schlecht steht, wenn sie zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen müssen.

Die bayerische Regierung — ein Organ Hitlers und Ludendorffs.

München, 18. April. Im bayerischen Landtag hob der Minister des Innern Dr. Schreyer die Notwendigkeit eines Erfasses der wachsenden Wehrmacht hervor. Er betonte, daß die Regierung den Kampf gegen die Republikshuhngesetze in den Vordergrund stelle. Sie habe bereits auf Veranlassung der Vaterländischen Kampfbünde Schritte unternommen, um eine Tagung des süddeutschen Senates des Staatsgerichtshofes in Bayern herbeizuführen.

Gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Blumtritt von Hof ist ein Landesverratsverfahren beantragt worden, weil er in der sozialdemokratischen Zeitung in Hof Mitteilungen über geheime Waffenslager gemacht hatte. Der Landtag hat die Aufhebung der Immunität beschlossen.

Bayern gegen das Reich.

Berlin, 18. April. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet aus München: Die am Montag in München eingetroffenen Postbeschele des Staatsgerichtshofes werden nicht ausgeführt, „höhere Staatsrückichten“, weil man sich keiner Anarchie ausliefern kann, wegen minderwertiger und ohnedies von parteipolitischer Tendenz keineswegs freier Angelegenheiten. Der bayerische Justizminister ist deshalb zwecks Verhandlungen bereits in Berlin eingetroffen.

Ablegung des Reichskommissärs für das Rheingebiet.

Berlin, 17. April (Wolff). Dem Reichskommissar für das besetzte Rheingebiet, Fürst von Habsfeldt-Wildenburg, wurde heute vom Präsidenten der interalliierten Rheinlandskommission eine Note übergeben, wonach das Reichskommissariat die Autorität der Rheinlandskommission beeinträchtigt und die Mission des Reichskommissärs daher als beendet betrachtet werden muß. Fürst Habsfeldt hat sofort Protest eingelegt und betont, daß das Agreement zu seiner Ernennung von der Votschafertkonferenz erteilt worden sei und daß er demgemäß der Rheinlandskommission nicht das Recht zuzuerkennen könne, seine Mission für beendet zu erklären.

Von zuständiger Stelle wird dazu gemeldet: Es handelt sich hierbei um einen neuen Gewaltakt der Rheinlandskommission, die der unterdrückten rheinischen Bevölkerung den Weg abschneiden will, ihre Beschwerden durch den beslaubigten Vertreter der Reichsregierung bei der Rheinlandskommission vorzubringen. Die Reichsregierung wird sofort bei der Votschafertkonferenz und bei den Regierungen in Paris, London und Brüssel energisch Protest erheben. Fürst Habsfeldt verläßt einseitig entsprechend den ihm erteilten Instruktionen mit der gesamten Beamtenschaft das besetzte Gebiet.

Der passive Widerstand der Eisenbahner wird fortgesetzt.

Gießen, 18. April. (Wolff.) Die hier versammelten Funktionäre des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes aus dem alt- und neubesetzten Gebiete nahmen eine Entschlieung an, in der sie sich für den weiteren unerschütterlichen passiven Widerstand erklärten.

Kein Zusammenschluß der italienischen Sozialisten und der Kommunisten.

Mailand, 18. April. (Gavas.) Der sozialistische Kongress wurde geschlossen. Mit 5361 gegen 3698 Stimmen ist der Antrag der Gegner des Zusammenschlusses mit den Kommunisten angenommen worden, durch welchen der Anschluß an die III. Internationale mit dem Vorbehalt bezüglich des Livornoer Programms wieder hergestellt wird und die Moskauer Bedingungen für den Zusammenschluß der Sozialisten mit den Kommunisten abgelehnt werden.

Ein Kommunistengebiet in Bulgarien.

Sofia, 17. April (PWA). Die Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, in dem sie zur Enteignung des Vermögens der Anhänger des Kommunismus ermächtigt wird. Nach den Bestimmungen des Entwurfes werden in einer Ortschaft, wo sich zehn Anhänger der kommunistischen Ideen befinden, die den Kommunisten gehörigen Häuser und Grundstücke und Mobilien enteignet. Lokale Räte, die sich aus Vertretern der kommunalen Behörden und der Regierung sowie aus drei gewählten kommunistischen Mitgliedern ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes zusammensetzen, werden mit der Verwaltung der nach russischem Muster organisierten Gemeinden betraut. Auf die Nichtbefolgung der Anordnungen der Räte ist die Todesstrafe gesetzt. Der Gesetzentwurf wird der neuen Kammer vorgelegt werden. (Die Nachricht ist, namentlich in ihrer zweiten Hälfte, so wird, daß man, um sich ein Urteil bilden zu können, genauere Mitteilungen abwarten muß. D. N.)

Der Krieg in Irland.

London, 18. April. (RN.) Einer der letzten Führer der irischen irregulären Armee Dan Breen wurde gestern in der Nähe von Tipperary mit den weniger bedeutenden Führern Tim Donohue und Maurice Walsh gefangen genommen. Alle drei wurden infolge Ueberraschung halbbeleidet festgenommen. Die Verfolgung De Valeras, der sich bei Dan Breen und Liam Lynch in dem Augenblicke befand, als dieser tödlich verwundet wurde, wird fortgesetzt.

Die Annexion Ostgaliziens.

Bedorftene Erklärung Beneš.

In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses, die unter Vorsitz des Abgeordneten Nemecek stattfand, wurde zunächst der Handelsvertrag zwischen Griechenland und der Tschechoslowakei genehmigt. Abg. Marek berichtete über die Elbechifffahrtsakte, wies auf deren große volkswirtschaftliche Bedeutung für die Tschechoslowakei hin, und beantragte ihre Genehmigung. Abg. Drušovský fragte an, ob nicht mit dem Großaktionär Schicht von der Elbechiffahrt verhandelt wurde und welche Interessen an den Elbechiffahrtsakten die Deutsche Regierung habe. Der Vertreter des Außenministeriums Ing. Dvořáček antwortete, daß diese Sache vor allem in die Kompetenz der Handels- und Arbeitsministerien falle und ersuchte darum, diese Frage erst in der nächsten Sitzung beantworten zu können.

Zu einer Anfrage meldet sich Abg. Skatál, der eine Protestklärung gegen die Zuteilung Ostgaliziens an Polen abgibt, weil dadurch unbalbarte politische Verhältnisse für die Zukunft entstehen, die Reime zu kriegerischen Verwicklungen enthalten und den Grundgesetzen des Selbstbestimmungsrechtes widersprechen. Abg. Hajn wendet sich gegen die Er-

Tages-Neuigkeiten.

Lied der Bankpolitiker.

Die Politik, die ist und liebt,
Wenn wir auch noch so wacker schreien,
Und nur das Geld ist uns're Liebe —
Doch unser Schild ist rein!

Wir ehren höchlichst die Mandate,
Denn so kommt uns'rein allein
Zum himmlischen Verwaltungsrat —
Doch unser Schild ist rein!

Beim Umsturz sah der böse Dalles
Noch fest in unserm Kassafachein,
Und heute kaufen wir uns alles —
Doch unser Schild ist rein!

Ministerielle Revisionen
Verkaufen alle glatt und fein,
Weil wir's mit unserm Stimmen lohnen —
Doch unser Schild ist rein!

Statt in Konkurs zu gehen, dürfen
Vermehrter Aktien wir uns freuen,
Woraus wir neue Schätze schürfen,
Doch unser Schild ist rein!

Krafft einmal eine Bank zusammen,
Oehn höchstens dumme Sparer ein,
Doch unser Schatz passiert die Flammen
Und unser Schild ist rein!

Nur Dienstag sing es an zu klinken,
Weil dieser Rubizel gemein
Noch uns tät mit dem Zampfsahl winken —
Doch unser Schild ist rein!

Wir sahen da mit bangem Klopfen
Der Herzen, und ins Hofenbein
Niel duftend mancher jähe Tropfen —
Doch unser — Schild ist rein!

Da schell die Präsi'dentenglocke
Und endete die wehe Pein.
Heil, Sprechzeit, Dir! Mein Herz frohlocke —
Haben wir ein Schwein!

Die Peitsche.

Kaleidoskopartig wechselt das Straßenbild, Fußgänger in der hastenden Jagd des Tages, Fuhrwerke verschiedenster Art mit lastnarrenden Achsen tauchen für wenige Sekunden im Gesichtsfeld auf und verschwinden, um anderen Platz zu machen. Stummend arbeitet der Motor des Straßenbahnwagens und treibt ihn vorwärts durch das Gewühl der Stadt. Plötzlich taucht ein Lastwagen zu unserer Seite auf, schwer beladen mit Äpfeln, Ballen und Häffern. Einen Moment lang sehe ich die Pferde, die mit großer Anstrengung den Wagen vorwärts ziehen. Ihre Köpfe heben und senken sich gleichmäßig. Da — eine Sekunde lang sehe ich den Peitschenriemen über den Köpfen der Pferde schweben und schon fällt er auf ihren Körper. Ein jäher Ruck der Tiere und dann heben und senken sie ihre Köpfe im gleichmäßigen Tempo. Im nächsten Augenblicke ist das Bild verschwunden — wir sind vorüber. Aber vergessen werde ich dieses Bild wohl kaum jemals können: die laufende Peitsche über den Köpfen müder Arbeitspferde! Ist sie nicht das Sinnbild unserer kapitalistischen Weltordnung? Millionen Menschen, deren Los nur Not und harte Arbeit ist, gleichen sie nicht diesen Pferden? Beständig schwirrt ihnen die Hungerpeitsche um die Ohren, die das Kapital über ihnen schwingt. „Schafft Profit!“ gebietet sie ihnen kategorisch. Und wehe jenen, die sich etwa auf ihr Menschentum besinnen und ihren Anteil fordern an den Gütern, die sie schaffen. Mit mathematischer Sicherheit werden sie von der Peitsche erreicht. Sie bräuet über ihnen jahrein, jahraus, wie das Schwert des Damokles.

Muß das so sein? Heinrich Heine.

Wieder eine kleine „Vorwärts“-Lumbrici.

Der Reichenberger „Vorwärts“, der seinen Tag vergehen läßt, ohne die deutsche Sozialdemokratie irgendwie zu beschimpfen oder zu verdächtigen, brachte gestern Mittag noch folgende Notiz unter großem Titel an der Spitze seiner Lokalrubrik:

„Der Prager „Sozialdemokrat“ meldet, daß die Marktvertretung Ruppertsdorf bei Reichenberg von der politischen Landesverwaltung aufgelöst und ihre Neuwahl ausgeschrieben worden ist! Bis zur Stunde ist davon weder dem Bürgermeisteramt, noch auch der politischen Bezirksverwaltung etwas bekannt! Es scheint also, daß der „Sozialdemokrat“ bessere Beziehungen zu den tschechischen Behörden in Prag hat, als diese zu ihren untergeordneten Stellen in der Provinz! Das kommt wohl von der radikalen „Opposition!“ Im übrigen dürfte die Auflösung der Marktvertretung, in der 18 Kommunisten sitzen, tatsächlich erfolgen. Wir werden darüber noch berichten.“

Na, es zeigt sich eben überall, im großen wie im kleinen, daß wir mit den tschechischen Behörden auf bestem Fuß stehen, was wir eben unserer Verfassung und Verbindung mit den Koalitionsparteien verdanken. Jeden Tag hat es der „Vorwärts“ behauptet — wir versuchten immer zu leugnen. Nun aber hat das freundliche Blatt einen Beweis in der Hand, demgegenüber alle unsere gegenteiligen Versicherungen verstummen müssen. Es sei uns darum lediglich gestattet, auf folgenden nebenfälligen Umstand aufmerksam zu machen: Wir brachten die inkriminierte Notiz am Dienstag, gleichzeitig mit der übrigen Prager Presse, die diese Information, so

wie wir, von der politischen Landesverwaltung erhalten hatte. Das „Rube Pravo“ aber, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, brachte bereits Montag abends folgende Meldung:

Auflösung von Gemeindevertretungen. Die politische Landesverwaltung in Prag hat in der vorigen Woche folgende Gemeindevertretung aufgelöst und gleichzeitig die Durchführung neuer Wahlen angeordnet: Raminh a. L. und Ruppertsdorf (Reichenberg).

Diese Notiz haben die „Vorwärts“-Redakteure jedenfalls übersehen und so entstand diese neueste Lumbrerei, uns wegen einer Meldung zu verdächtigen, die die kommunistische Presse schon vor uns gebracht hatte. Natürlich wird der „Vorwärts“ seinen Lesern auch diese Gemeinheit verschweigen, so daß die kommunistischen Arbeiter von den jämmerlichen Methoden ihres Blattes nichts erfahren.

Arbeiterblatt und kapitalistische Presse. Eine Welt liegt zwischen dem Denken der Arbeiter und jenem des Bürgers, durch eine Welt ist Werden und Wirken der sozialistischen Presse von dem der Kapitalpresse entfernt. Das Arbeiterblatt ist der vornehmste Feind der bürgerlichen Zeitung und ist darum der Liebe von dieser Seite zu allererst gewärtig. Lüge und Verleumdung, Schmutz und Schimpf — das ist's, was wir von drüben erwarten und ja auch täglich empfangen. Mit Wut und Neid blickt die bürgerliche Presse auf die innere Festigkeit und schlagfertige Organisation der sozialistischen Bewegung, die in deren Presse zum Ausdruck kommt, und nichts macht dem kapitalistischen Zeitungsknecht mehr Freude, als ein sozialdemokratisches Blatt losgehen zu können. Nun haben wir genau so wie die sozialdemokratischen Zeitungen auch die bürgerlichen Blätter seit Jahr und Tag schwere Kämpfe um ihren Bestand zu führen; in Deutschland sind hunderte Bourgeoisblätter eingegangen und auch hierzulande würde so manche kapitalistische Zeitung längst das Zeitliche gesegnet haben, wenn ja wenn eben nicht statt der verführten Leser ganz andere die Kosten dieser Presseunternehmen bezahlten. Aus tausend bekannten und unbekanntem Quellen werden diese Zeitungen gespeist, die „aus eigener Kraft“ ein trauriges Ende nehmen würden. Trotzdem aber dem so ist, wagen es gewisse vom Kapital reich dotierte Zeitungen, über die sozialdemokratische Presse lärmend und hämisch herzufallen, die so wie die übrigen unter der Wirtschaftskrise leidend, nicht immer leicht sich behauptet und — von den Arbeitern Opfer zur Erhaltung ihrer Presse fordert. Da kommt so ein Windbeutel von der „Landpost“ oder einem ähnlichen kapitalistischen Pressezeugnis und höhnt den „Sozialdemokrat“, für den die Partei in Aufrufen wirbt und der „am letzten Loch pfeift“. Na, „Landpost“ und Konjorten werden uns noch mehr pfeifen hören, als ihnen lieb ist. Denn die Arbeiter werden ihre Waffe, den „Sozialdemokrat“, schärfen — es ist ja ihr Blatt, das Tag für Tag ihre Interessen vertritt, das sie sich geschaffen haben, das sie erhalten, nur sie. Das Arbeiterblatt wendet sich an die Arbeiter, so wie diese an ihre Zeitung, in jedem Kampfe. Daß wir uns in Aufrufen an die Arbeiter wenden, zeigt, daß wir nur die eigene Kraft aufbringen, um Hindernisse zu beseitigen. Die bürgerliche Presse aber zehrt vom Kapital der Großindustrie, des Großgrundbesitzes und der Großbanken und verwendet dieses Geld zur Irreführung und Verdummung der Massen, zum Kampf gegen das arbeitende Volk. Dieses aber hält und fördert seine eigene Presse, die den Verhältnissen fertig gegen das Kapital und seine schreienden Söldlinge zu Ende führen wird. Dies diene jenen zur Kenntnis, die in arger Selbsttäuschung, sich selbst belügend, dem „Sozialdemokrat“ und unserer übrigen Presse jeden Tag die letzte Stunde prophyezien.

Die Bezeichnung der Straßen mit Ziffern — unzulässig. Das Oberste Verwaltungsgericht in Prag hat am Dienstag in der Angelegenheit der Beschwerde der Stadt Franzensbad über das Verbot der Anbringung von Ziffern zur Straßenbezeichnung zu entscheiden. Das Oberste Verwaltungsgericht entschied, daß es in der Sache oslowakei unzulässig (!) sei, Straßen mit Nummer zu bezeichnen und daß eine Bezeichnung der Straßen nur (!) durch Namen erfolgen könne. — Kommentar überflüssig!

Obligator Unterricht der Staatsprache an Mittelschulen. Der Ministerrat hat einen vom Unterrichtsminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf genehmigt, laut welchem an allen Mittelschulen in der Republik der Unterricht der Staatsprache für obligat erklärt wird. Der Unterricht der Minderheitsprachen soll nach den Sprachverhältnissen geregelt werden. Der Gesetzentwurf wird noch in dieser Session dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Wieder einer. Aus Deutsch-Mähren wird der „Arbeiterzeitung“ geschrieben: Pfarrer Emil Hübsch in Rohrau war bereits einmal wegen Sittlichkeitsdelikten an Säugkindern in Diezlinaruntersuchung. Vor kurzem ließ er sich abermals, diesmal mit zwei zwölfjährigen Knaben, ein. Er verfolgte sie, zog sie in der Au ins Gebüsch, wo er mit den Kindern perverse Gespräche führte, sie zu Unsitlichkeiten verleitete und sich und die Kinder die Beinkleider öffnete, worauf alle drei sich einem perdersen Akt hingaben. Die Eltern und die Gemeindevertretung verlangten in einer Vorschau beim Konsistorium in Wien energisch die Abschaffung dieses Unmenschen. Pfarrer Emil Hübsch brachte hierauf an die Gemeindevertretung ein Schreiben mit der Visitation des Generalvikars Dr. Josef Pflugner mit folgendem Wortlaut mit: „Nachdem Pfarrer Emil Hübsch auf die Pfarre bereits resigniert hat,

möge man nicht zu scharf gegen ihn vorgehen.“ Pfarrer Emil Hübsch geht aber noch immer frei herum, wie wenn nichts geschehen wäre, liest auch weiter Messen, erteilt den priesterlichen Segen und den Kindern in der Schule — sittlich-religiöse Erziehung.

Ein Kappuzschift als Schmuggler. In Salzburg, Linz, Berchtesgaden und anderen Orten an der bayerisch-österreichischen Grenze wurden mehr als ein Duzend Personen verhaftet, die einer großen Zigaretten- und Tabakbande angehören. Dem Haupt dieser Bande, einem gewissen Rittmeister namens Johann Kimpf, der von Deutschland als Teilnehmer am Kappuzschift verfolgt wird, gelang es auch diesmal wieder zu entfliehen.

Vortrag Radl. Der vom Internationalen Ausschuss sozialistischer Studenten veranstaltete Vortrag des Professors Dr. Radl über die nationale Frage findet Samstag, den 21. d. mit anschließender Diskussion statt.

Kaufort für Militär. Militärtabak und eine einheitliche Militärgigarette werden, wie die „Karodni Politika“ meldet, für die Soldaten der Armee eingeführt werden. Der Aufwand wird eine Million Kronen monatlich erfordern. Auch die Gendarmen, die Finanzwache und Gefangenenaufseher werden dieser Begünstigung teilhaftig werden.

Ein Familiendrama. Der 23jährige Fr. Soult in Frimburg bei Schüttenhofen verlangte vorige Woche von seiner Mutter, sie möge auf ihren Erbteil nach seinem verstorbenen Vater zu seinen Gunsten verzichten, was sie verweigerte, da sie noch zwei Kinder habe. Der Sohn regte sich darüber so auf, daß er einen dem Bingen-Košan gehörigen Karabiner auf die eigene Mutter anlegte und sie und Johann die Geschwister zu töten drohte. Da diese aber stöhnten, ließ Soult in die Scheuer und erhängte sich dort. Košan, dem der Karabiner gehörte, erschloß sich aus Furcht, wegen des Tragens der Waffe gerichtliche Anstände zu haben, an anderen Tage und sein Vater wurde nur dadurch am Selbstmorde verhindert, daß man ihn rechtzeitig vom Strick abschchnitt.

Selbstmorde von Militärkadern. In der Militärakademie von Mähr.-W. eiklirch hat vorige Woche der 23jährige Jüngling des ersten Jahrganges B. Kuzicka durch einen Schuß aus einer Armeepistole seinem Leben ein Ende gemacht. Am nächsten Tage beging der 23jährige Jüngling des zweiten Jahrganges J. Skalicky einen Selbstmordversuch ebenfalls mit einem Armeerevolver und wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. In beiden Fällen ist die Ursache der Tat unbekannt.

Eine Kindesmörderin. Die Bedienerin Susanne Zel aus Prag-Karolinenthal brachte vor eineinhalb Jahren ein Mädchen zur Welt, das sie angeblich der Verwandten in Ungarn erschenken ließ. Da die Sache verdächtig erschien, wurde die Zel mehreremale auf der Polizeidirektion über den wahren Aufenthalt des Kindes befragt. Endlich gestand sie, das Kind sechs Tage nach der Geburt in Podol in die Moldau geworfen zu haben, weil sie verlassen gewesen sei.

Der neue Wettersturz. Die heftigen und über einen großen Teil von Mitteleuropa verbreiteten Gewitter, die am vergangenen Sonntag stattgefunden und der herrschenden Trockenheit ein Ende gemacht haben, sind der Auftakt zu erneuter Abkühlung, der zweiten seit dem Beginn des Frühlings, geworden. Nachdem am Schluß der vorigen Woche im Osten Mitteleuropas bis zu 22 Grad Wärme vorgekommen waren, erhob sich Dienstag das Quecksilber nur noch wenig über den Gefrierpunkt und blieb fast im ganzen Lande unter fünf Grad Celsius. Der Wettersturz ist eine Folge des Einbruchs kalter Polarluft, verursacht durch das südliche Vordringen eines Maximums, das zwischen Island und Jan Mayen aufgetaucht und mit seinem Schilde schon bis zum Kanal vorgedrungen ist. Es steht in Wechselwirkung mit dem langsam ostwärts abziehenden Tief, das die Gewitter und starke Niederschläge zur Folge hatte und führt von seinem Schilde kalte Luft nach Mitteleuropa. Der Zusammenstoß der kalten nördlichen und warmer südlicher Luftmassen im Bereich der Samstag über Norddeutschland vertögerten Depression rief die Gewitter und starken Regengüsse hervor, die in Berlin 39, in Warnemünde 32, in Dresden 23 Millimeter Niederschlagshöhe erbrachten. Die Wiedererwärmung wird nur langsam erfolgen.

An die deutsche Bevölkerung der tschechoslowakischen Republik!

Durch den Zerfall der alten österreichischen Monarchie hat der Bestand der österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze aufgehört, und an ihre Stelle trat in diesem Staate die Gesellschaft vom tschechoslowakischen Roten Kreuze.

Wie bei fast allen anderen staatlichen oder staalich geförderten Einrichtungen wurde auch beim Roten Kreuze auf die Mitarbeit der Deutschen verzichtet. Die Leitung und sonstige Tätigkeit liegt ausschließlich in den Händen der Tschechen. Dies ist umso besorglicher, als sehr reiche, durch die Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung aufgebrachte Vermögensstände der österreichischen Vereine vom Roten Kreuze durch die Beschlagnahme in die Verfügungsgewalt der neuen Organisationen übergegangen sind.

Alle deutschen politischen Parteien bemühten sich, um die Ermöglichung der Mitarbeit beim Roten Kreuze. Handelt es sich hierbei doch um die Organisation des Kampfes gegen die traurigen sozialen Folgen des Krieges, um die Förderung der Gesundheit und Krankenpflege, um die Besserung der Bevölkerung über Samariterdienste usw. Bereits im Jahre 1920 begannen zunächst im Wege des Ueberleitungsschusses der früheren Vereine

vom österreichischen Roten Kreuze, später unmittelbar durch einen von sämtlichen deutschen politischen Parteien befristeten Ausschuss Verhandlungen mit dem Präsidium des Roten Kreuzes, die die Festlegung der Bedingungen bezweckten, unter denen der Eintritt der Deutschen sich als möglich erweisen könnte. Die Verhandlungen nahmen zunächst einen aufsehend befriedigenden Verlauf. Es wurde auch über eine Reihe von Punkten Einverständnis erzielt, welches vor allem dadurch ermöglicht wurde, daß die deutschen Vertreter im Interesse des Gelingens der Verhandlungen ihre berechnete Forderung nach vollkommener Zerteilung der gesamten Organisation des tschechoslowakischen Roten Kreuzes zurückstellten. Nur in einer, allerdings sehr wesentlichen, ja ausschlaggebenden Frage konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden. Man will den Deutschen nicht einmal das Recht einräumen, deutsche Ortsvereine des Roten Kreuzes neben tschechischen in jenen Städten und Bezirken zu errichten, wo beide Völker nebeneinander wohnen. Man will gemeinsame Ortsvereine erzwingen, welche erzwingende Gemeinamkeit nur dazu führen kann, den nationalen Daber in das Rote Kreuz hineinzutragen. Die deutsche Forderung nach eigenen Zweigvereinen will, von allen anderen Erwägungen abgesehen, diese Gefahr bannen. Ihre Erfüllung würde die Einheitlichkeit der Zentralorganisation des Roten Kreuzes nicht im geringsten einschränken. Trotzdem erklärte die Leitung des tschechoslowakischen Roten Kreuzes ungeachtet wiederholter mündlicher und schriftlicher Vorstellungen, diese Bedingung in dem von den Vertretern der deutschen politischen Parteien als Mindestmaß bezeichneten Umfang nicht erfüllen zu können und es müßten daher die Verhandlungen als derzeit ergebnislos abgebrochen werden.

Zu ihrem aufrichtigen Bedauern müssen somit die unterzeichneten deutschen politischen Parteien erklären, daß sie der deutschen Bevölkerung in der tschechoslowakischen Republik den Eintritt in das Rote Kreuz, die Gründung von Zweigvereinen, die Beteiligung an Sammlungen, Festen und sonstigen Veranstaltungen derzeit unter allen Umständen widerraten müssen.

Die beiden deutschen Vertreter, die seit zwei Jahren mit Zustimmung der politischen Parteien die Wahl in das Hauptquartier des tschechoslowakischen Roten Kreuzes angenommen hatten, legen ihr Mandat nieder.

Die Vertreter der deutschen politischen Parteien werden der Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuze in Genf eine Deputation unterbreiten, in der sie dieser internationalen Instanz die Sachlage schildern, ihr den bescheidenen, durch Recht und Billigkeit vollaus begründeten Anspruch der Deutschen unterbreiten und um ihre Vermittlung ersuchen.

Die Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Abgeordneten und Senatoren des Bundes der Landwirte.

Die Abgeordneten und Senatoren der Deutschen Nationalpartei.

Die Abgeordneten und Senatoren der Deutschen christlichsozialen Volkspartei.

Die Abgeordneten und Senatoren der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Die Abgeordneten und Senatoren der Deutschen demokratischen Freiheitspartei.

Dieser Aufruf sollte erst am Sonntag den 22. April veröffentlicht werden; da ihn aber ein Blatt, die „Subdenktsche Tageszeitung“ schon am letzten Sonntag zum Abdruck brachte, mag er nun nach dem Belieben jeder Redaktion erscheinen. Notwendig aber ist es, im Zusammenhang mit diesem Aufruf wieder einmal die erbärmliche Haltung des „Prager Tagblatt“ zu beleuchten, das am 1. April folgende Notiz veröffentlichte:

Das Rote Kreuz und die Deutschen. Das tschechoslowakische Rote Kreuz beginnt eben mit einer großzügigen Propaganda für seine Zwecke. Das Verhältnis seiner Leitung zu den subdenktschen Rote-Kreuz-Stellen ist, wie wir hören, noch immer nicht geklärt. Trotzdem die Hauptleitung schon heute in den deutschen Gebieten, allerdings mit tschechischen Hilfskräften, arbeitet. Nach Ostern werden voraussichtlich die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Einigung scheiterte bisher daran, daß die deutschen Organisationen des Roten Kreuzes eine eigene deutsche Hauptorganisation (Zentrale), von der tschechischen vollkommen getrennt, wollen, die tschechische Leitung aber keine Autonomie zugeben will. Provisorisch führen als Vertreter der Deutschen Reichsrats Dr. Frind und Dr. Hollitscher im Hauptaussschuß und nehmen an fast allen Sitzungen teil.

Aus dem Inhalt des Aufrufes geht klar hervor, daß sich nur das „Prager Tagblatt“ wieder einmal eine seiner perfiden Lügen geleistet hat, die dieses charakterlose Blatt kennzeichnen. Wer das „Prager Tagblatt“ zu diesem Anfall veranlaßt hat, ist unsicher zu erraten. In dem von allen deutschen Parteien unterzeichneten Aufruf wird deutlich festgestellt, daß diese ihre berechnete Forderung nach Zerteilung der Organisation längst zurückgestellt hatten und daß die Einigung trotzdem nicht herbeigeführt werden konnte, weil man den Deutschen nicht einmal geforderte Ortsvereine in den gemischtsprachigen Bezirken gewähren will. Diese Tatsache lag das „Prager Tagblatt“ ins Gegenteil um, um durch diese Unterstellung den Aufruf im vorhinein zu parieren. Wessen Dienste dieses famose deutsche Blatt damit verricht, liegt klar zutage und es muß sich darum auch die Behauptung gefallen lassen, daß es die Geschäfte der Regierung besorgt.

Kleine Chronik.

15 Bergarbeiter getötet.

Ragpur (Britisch-Indien), 18. April. In einem Kohlenstollen stürzte die Decke ein. 15 Bergleute wurden hierbei getötet und eine größere Anzahl verletzt.

Ausbruch eines Vulkans. Neuter meldet aus New York: Ein Telegramm aus Guayaquil berichtet über einen heftigen Ausbruch des Vulkans Tangaragua. Großflammenmassen schlugen aus dem Krater hervor und weisagelnde Steine fielen in die Stadt Rimbamba und die Umgebung. Die Stadt ist von einer Schicht Asche und Sand bedeckt.

Ein neuer Flugdauerrekord. Aus Dayton (Vereinigte Staaten) meldet Havas: Die Offiziere R. C. R. und Kelly haben den Rekord bezüglich der Flugdauer geschlagen, indem sie sich 36 Stunden 5 Minuten und 20 Sekunden in der Luft hielten.

Bankwirtschaft und Sozialpolitik.

Die Ausstände im Jänner. Im Monat Jänner 1923 sind insgesamt 14 Ausstände mit 2480 Angestellten gezählt worden, wovon 170 Frauen waren. Es haben 11 neue Ausstände mit 2430 Angestellten, gegen 5 neue Ausstände mit 1600 Angestellten im Monat Dezember 1922 begonnen. Eine Aussperrung fand nicht statt. Der Gesamtverlust an Arbeitstagen betrug 13.960 gegen 11.700 Arbeitsstage im vorhergehenden Monat. Der Lohnverlust der Angestellten betrug 347.600 K. gegen 275.000 im Dezember 1922. Sieben Ausstände mit 1680 Angestellten wurden im Monat Jänner beendet, und zwar zwei Ausstände mit 400 Angestellten mit einem Erfolg der Arbeitgeber und drei Ausstände mit 1240 Angestellten dadurch, daß gegenseitige Zugeständnisse in den strittigen Angelegenheiten gemacht wurden. Sieben Ausstände mit 800 Angestellten sind im Jänner nicht beendet worden.

Die Banken, denen das Vertrauen der Vertrauensseligen gut anschlügt. Nach einem statistischen Bericht gibt es in der Tschechoslowakei insgesamt 41 Handelsbanken, die 2 1/2 Milliarden eigenes Kapital und 24 Milliarden „anvertrautes“ Kapital verwalteten. In der Slowakei und Karpathenland haben die Banken über eine halbe Milliarde eigenes Kapital und vier Milliarden „anvertrautes“ Kapital in Verwahrung. Weiter gibt es in der Tschechoslowakei noch sechs Aktienbanken, die 89 Millionen Stamkapital und Reserven und 3.300.000 Kronen Einlagen haben. Ferner eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit 17 Millionen eigenem Vermögen und 264 Millionen „anvertrautes“ Kapital. Im ganzen haben also die Bankinstitute drei Milliarden eigenes Vermögen und verwalten 30 Milliarden anvertrautes Kapital, darunter sicherlich viel zu viele schwer und teuer erarbeitete Spargroschen, die nur noch in den Büchern der Moravsko-Slezka banka und der Bohemianbank vorzufinden sind. Dabei beachte man das Verhältnis des eigenen Kapitals der Banken (3 Milliarden) zu den Einlagen der Bankkunden (30 Milliarden).

Opfer des „Bohemia“-Bankstreiches. Auf der Tagesordnung der für den 14. Mai einberufenen Vollversammlung der Tschechoslowakei, tschechische Handelsgesellschaft der Erzeuger von Gablonser Waren-A. G. in Gablons, befindet sich ein Antrag auf Sanierung der Gesellschaft. Bei Ablehnung des Sanierungsantrages soll über die Liquidation oder eine andere Art der Auflösung des Unternehmens Beschluß gefaßt werden. Die Gesellschaft entstand im Jahre 1920 unter Mitwirkung der Bohemia Bank durch Umwandlung der gleichnamigen G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft mit fünf Millionen Aktienkapital. — Wer ist das nächste Opfer?

Verstärkte Bankwirtschaft. Zur Liquidierung der „Bozemia banka“ (Bodenbank) teilt der Mähr. Ostrauer „Duch Cofu“ mit, daß die Bank hauptsächlich durch die leichtsinnige Bewilligung von Krediten in die missliche Lage gekommen ist. Die Bank habe drei Firmen 80 Millionen Kredit gewährt, also zweimal so viel, als ihr Aktienkapital überhaupt beträgt. Den größten Kredit habe die Prager Holz-A. G. erhalten, die von der Bodenbank und noch von einer anderen kleinen Prager Bank 96 Millionen Kronen geliehen bekam. — Und wo war das staatliche Aufsichtsorgan? Schlafen diese hohen Herrschaften in den Büros oder interessieren sie sich nurmehr für Börsenkurse?

Aufschwung in den Grubenbetrieben in der Zips. In den Grubenbetrieben der Zips macht sich ein leichter Aufschwung bemerkbar. Außer den Betriebsaufnahmen in Lešnábanja, Göltnitz und Bind wird auch in den Grubenwerken von Kohnala und in den Schwefelgruben von Schmöllnitz die Arbeit wieder aufgenommen. Dieser Aufschwung bezieht sich aber auf die Industrie nicht. Krompach steht noch immer, ein Teil der Textilfabrik in Kásmart ist nach Ungarn übergegangen, ebenso der ganze Betrieb der Textilfabrik in Zipser Neudorf, die Emailfabrik in Mahdorf hat den Betrieb reduziert, die Konserverfabrik in Zipser Neudorf steht nach kurzem Aufschwung wieder. Hingegen haben die Eisenwerke in Brakenhof die Arbeit vor nicht langer Zeit aufgenommen.

Die große Aussperrung der englischen Bauarbeiter. Tropdem die Bauunternehmer die Aussperrung der Bauarbeiter beschloffen und diese in allen Betrieben bereits verlauffert hatten, konnte ihre Ausführung im letzten Augenblicke durch die

Intervention des Führers der Arbeiterpartei Genossen Macdonald verhindert werden. Nachdem sich die Regierung, wie übrigens in allen Fragen, auch in diesem großen Arbeitskonflikt auf die Rolle des beschaulichen Beobachters zurückgezogen hat und erklärte, daß sie nicht in der Lage sei, zu vermitteln, hat Ramsay Macdonald die Initiative ergriffen, und die Leiter sowohl des Unternehmerverbandes als auch der Gewerkschaften zu einer Aussprache eingeladen. — Was nun die Regierung nicht einmal versuchte, um diese große Erschütterung des ganzen wirtschaftlichen Lebens abzuwehren, ist dem politischen Führer der Arbeiterpartei gelungen. Die Unternehmer haben in einer Besprechung, die unter dem Vorsitz Macdonalds mit den Arbeitervertretern stattfand, nachgegeben, den Aussperrungsbeschluß zurückgezogen und zugestimmt, daß dem bestehenden Vertrag gemäß die Streitfrage dem Lord Oberrichter als Schiedsrichter vorgelegt werde, dem ein Arbeiter und ein Unternehmerbesitzer zugeteilt werden. Daß die Unternehmer im letzten Augenblicke auf das diktatorische Vorgehen verzichtet und sich der Vorgangsweise angepaßt, die die Arbeitervertreter von allem Anfang an vorgeschlagen haben, ist nicht nur ein großer gewerkschaftlicher Erfolg, sondern auch ein Sieg der Arbeiterpartei über die Regierung und wird gewiß dazu beitragen, den politischen und moralischen Einfluß der Arbeiterpartei in der ganzen Öffentlichkeit zu heben.

Große Eisenbahninvestitionen in Polen. Wie die polnischen Blätter berichten, sind von den für das Jahr 1923 beanspruchten Krediten 32 Milliarden polnische Mark für den Umbau des Warschauer Eisenbahnnetzes, für den Bau unterirdischer Tunnel und eines Viaduktes bestimmt, ferner 42 Milliarden für die Erweiterung der Eisenbahnwerkstätten und 194 Milliarden für die Anschaffung von 14.000 Waggons, davon 7000 im Ausland. Für die Bestellung neuer Lokomotiven wird der Betrag von 143 Milliarden präliminiert. — In welchem beschämenden Verhältnis zu diesen Investitionsbeträgen stehen die Aufwendungen, die unserm Staate erst abendnötig werden müssen. Ist denn Steuergeld schon ausschließlich nur für Bankfinanzierungen vorhanden?

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	100	Schw. Krone	16.50/00
Berlin	100	Mark	7.55/00
Wien	100	östr. Kr.	3125/00

Prager Kurse am 18. April.

	Geld	Ware
100 Holl. Gulden	1346/00	1350/00
10.000 Mark	14.50/00	15.07/00
100 belg. Franks	193/25	194/75
100 schwed. Kronen	611/75	614/25
1 Pfund Sterling	158/75	160/25
100 Lire	168/25	167/75
1 Dollar	34/20/00	34/20/00
100 franz. Franks	227/25	227/25
100 Dinar	35/00/00	36/50/00
10/00 ungar. Kronen	75/00/00	79/00/00
10.000 poln. Mark	7.50/00	8.50/00
10.000 östr. Kronen	4.53/00	5.06/00

Zürcher Schlusskurse am 18. April.

	Geld	Ware
Paris	26.37/00	26.40/00
London	25.71/00	25.74/00
Berlin	0.02.45/00	0.02.51/00
Mailand	27.10/00	27.17/00
Sofia	216/50	217/00
Wien	0.00.77/00	0.01.17/00
Budapest	0.12/00	0.12/50
Bra	16.47/50	16.52/00
Am Har	5.54/00	5.55/00
Belgrad	5.55/00	5.63/00
Bratichou	0.01.25/00	0.01.37/50
Wien gest.	0.00/00	0.00/00

Kunst und Wissen.

„**Katja, die Tänzerin.**“ (Deutsches Theater, 17. April.) Man hat auch die Operette, das heißt das Operettenpersonal, nicht die Wertigkeit Operette, wieder ein Zugeständnis; denn was den Erfolg des Abends ausmachte, war der romantische Amorroman und die lustige Pötte von Desherrecher und Jacobsen, nicht aber die Musik Jean Gilberts. Sein Anteil aber ist minimal; für die Tanznummern bedeutet seine Musik wenigstens Markierung des Rhythmus, für die elegischen und dramatischeren Augenblicke bedeutet sie gar nichts, da ihr die musikalischen Einfälle abgehen. Mit Instrumentierungsroutine allein ist man noch lang; kein Operettenkomponist. Also gebührt das Verdienst an dem Erfolg den Textdichtern und vor allem der glänzenden Aufführung. In erster Linie war es da Berta Zilková, die darstellerisch exzellente; nicht nur, daß sie ein Weib verkörperte, dem gegenüber man die leidenschaftliche Verliebtheit des Prinzen begreift, sie verstand es sogar, dem eben nicht neuen Thema der aus hoffvoller Rachsucht in Liebe sich wandelnden Bestimmung, den schwierigen und heißen Situationen reizvollsten, psychologisch feinen Ausdruck zu geben. Ihr Partner, Herr Kober, gestiel durch die Eleganz seiner Natürlichkeit. Ein Tenor, der nicht jociert, welches Lob! Die Humoristen des Abends (es gab deren eine ganze Menge) arbeiteten mit einer Hingebung, Laune und Leidenschaft, daß es den verbissensten Hypochonder hätte helfen müssen. Jit. Ferrys Tränen erschütterten — das Zwischenspiel, ihr zartes Händchen, ihr aus einem Spitzenvorhang kombiniertes Verlegenheitskleidchen gaben allen Zuhörern einen Ruck, Herrn Gabels verzweifelte Versuche, sich mit ihr um jeden Preis zu kompromittieren, schließlich die Herren Berger und Stadler erteten Stürme von Heiterkeit. Eine etwas knappere Fassung, besonders des zweiten Aktes, würde die Wirkung noch erhöhen.

Dr. F. K.

Reines Theater. Heute Gastspiel Raimundtheater—Vollenberg „Der Unbesiegbare“; Freitag Gastspiel Raimundtheater—Vollenberg „Dardanelle, der Betrogene“, „Rimenliege“; Samstag die Ginde-mith-Einakter „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sancta Susanna“, „Das Rusch-Rusch“; Sonntag nachmittags die italienischen Opern „Cavalleria rusticana“, „Bojazzo“, abends „Katja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute, Donnerstag, Gastspiel Morgan Einakter; Freitag und Sonntag nachmittags „Cherlauf“; Samstag und Sonntag „Das blaue Wunder“.

Literatur.

Die **Waisefestschrift 1923** ist unter dem Titel „Internationale Mai 1923“ soeben erschienen. Das sechzehn Seiten starke Heft stellt, schon seiner buchtechnischen Ausstattung nach, eine schöne und wertvolle Gabe dar; ein in kraftvollen Linien gehaltenes Titelbild verfinnlicht die Kraft und den Rhythmus der Arbeit in drei einprägnanten Männergestalten, mit derselben Eindringlichkeit ist im Schlußbild der Ruf „Nie wieder Krieg!“ verdrückt, wenn wir die Furie des Krieges mit ihrer Geißel über ein entsetzliches Schlachtfeld schreiten sehen. Im Innern des Heftes grüßen uns Bilder aus Hamburg, wo die neue Internationale, hoffentlich für alle Zeiten, erstehen soll und dazwischen reihen sich die Porträts der wichtigsten Mitarbeiter der Festschrift, eines Kautskis, Shaw, Trever, Bernstein, Mollenbuhr, Dan und vieler anderer. Schon diese Liste läßt den reichen und bunten Inhalt unserer Waisgabe ahnen, Uebersichtsartikel und grundsätzliche Auseinandersetzungen befriedigen das Interesse des Lesers nach vielen Richtungen hin. Mit einigen scharfen Strichen werden unter anderem Stand und Aus-sichten der Sozialdemokratie bei uns, in England, Italien und Hamburg, geschildert. Kautsky und noch einmal Dan legen die Bedeutung des proletarischen Feiertages für die Internationale dar, Karl Frohne schildert die Verbrechen des Kapitalismus an der Menschheitskultur, Hamburgs zweiter Bürgermeister Otto Stolten, sozusagen der Wirt des großen Mailongresses, geht den Zusammenhängen zwischen der Weltwirtschaft und der Entwicklung des Internationalismus, Eduard Bernstein dem Werden des internationalen Gedankens und Mollenbuhr endlich dem Werdegang der Arbeiterinternationale nach. Nochmals wird das Thema, das jeder unserer Waisfeiern die Leit-melodie gegeben hat, heuer aber mit doppelter Kraft im Mittelpunkt unseres Denkens steht, von Lufens in dem Aufsatz „Internationalismus und Jugend“ abgewandelt, die innige Verflechtung zwischen dem Parteie und dem Gewerkschaftsgedanken weist Leigart nach. Wie der einleitende Afford zu diesem vielstimmigen und doch einheitlichen Gesang auf die Verbrüderung der arbeitenden Menschheit klingen die Verse Karl Brögers, die, hoffnungsvoll und stark, das Heft eröffnen. Es ist, als Ganzes genommen, eine der preiswertesten Gaben, die wir bisher unseren Genossen zu bieten hatten, und ist, das Stück für eine Krone, bei der Zentralstelle für das Bildungswesen in Teplitz (Seilerstraße 1) zu beziehen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Dux. Sonntag, den 15. April fand im Gasthause „zum Rudoß“ in Dux eine von 80 Delegierten besuchte Plenarkonferenz statt. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen P e n e r Teplitz über unsere Parteipresse und ihre Bedeutung, sowie über die Aufgabe der bürgerlichen Presse, sprachen eine Anzahl von Genossen, welche in der Debatte auf die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene allgemeine Not in der Arbeiterklasse hinwiesen und betonten, daß sie alles versuchen werden, trotz allen Schwierigkeiten die Arbeiterschaft in unserem Sinne zu erziehen. Genosse Uhl sprach über die Waisfeier, Genosse Kovy über das Bezirksarbeiterfest, das gemeinsam mit dem Bezirksverband der Arbeiterfänger des Bezirkes Dux und dem Arbeiter-Gesangverein Dux, der seinen 25jährigen Bestand feiert, am 8. Juli in Dux abgehalten wird. Der Abmarsch der Organisationen aus den einzelnen Orts-komiten erfolgt in derselben Weise wie am 1. Mai. Das gemeinsame Bezirksfest wird am Sportplatz in Dux abgehalten.

Bezirksplenumversammlung Karlsbad. Sonntag, den 15. April fand im Hotel „Wachtmeister“ in Fische r n eine von 98 Delegierten besuchte Plenar-versammlung der Vertrauensmänner des Karlsbader Bezirkes statt, in der über die „Beschlüsse des Reichsausschusses“ gesprochen wurde. Das Referat über die Reichsausschussesbeschlüsse erstattete Genosse L d w. Er begründete in sachlicher und überzeugender Weise die Notwendigkeit einer Werreaktion für unser Zentralorgan, den „Sozialdemokrat“, sowie die Einführung der Preßfondsmarken für dieses Blatt. Weiter besprach er die Einhebung eines Maiopfers in der Höhe eines Tagesverdienstes von jenen Parteimitgliedern, die mit Monatsgehalt angestellt sind und denen der 1. Mai mitbezahlt wird. In der anschließenden Debatte kam zum Ausdruck, daß die Vertrauensmänner des Bezirkes die Beschlüsse des Reichsausschusses billigen und es wurde der einheitliche Wille ausgesprochen, diese Beschlüsse auch in den einzelnen Lokalorganisationen zur Durchführung zu bringen. Zum zweiten Punkte „Vorbereitungen zur Waisfeier“ sprach Genosse S a c h e r. Er verwies auf die bereits abgehaltene Versammlung der Vertrauensleute, die sich mit den Vorbereitungen zur diesjährigen Waisfeier, die eine Reformierung erfahren soll, beschäftigt hat. Die Feier findet am Nachmittag statt, um es auch den Frauen möglich zu machen, an der freier teilzunehmen. Die Waisfeste wird Genosse C e r m a l halten. Nach

Erledigung einer Reihe wichtiger interner Parteiangelegenheiten wurde die arbeitreich und anregende Konferenz von Genossen Löw geschlossen mit der Aufforderung an alle Vertrauensleute, unermüdlich zu sein bei der Ausführung der gefaßten Beschlüsse und alle Kräfte anzuwenden, um den 1. Mai, den Weltfeiertag des Proletariats, zu einer gewaltigen Kundgebung zu gestalten, die der Stärke unserer Partei im Bezirke entspricht.

Bezirksorganisation Prag. Donnerstag, den 19. April um 8 Uhr abends findet im Vereinslokal des „Vereines deutscher Arbeiter“, Smetschlagasse 27, eine Sitzung des Frauenbezirkskomitees statt. Die Wichtigkeit der Sitzung verlangt die Anwesenheit aller Mitglieder des Frauenbezirkskomitees.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Naturfreunde“. Auf der Teplitz-er Konferenz der „Naturfreunde“ wurde unter anderem auch die Frage der Grenzüber-schreitung besprochen und in der nächsten Zeit wird die Prager Ortsgruppe in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte unternehmen, um ein günstiges Endergebnis herbeizuführen. 1570

Turnen und Sport.

Spavla gegen Union Zikow 3: 1.

Vom Länderwettbewerb Oesterreich—Italien. Die Trabrennbahn hatte 110 Züge per Stunde von 1 Uhr bis 5 Uhr zum Sportplatz laufen lassen, nach Spiel-schluß standen 1070 Wagen zur Rückfahrt bereit. Die Zahl der Automobile wird auf über 1000 geschätzt. Außer einer großen Anzahl von Leibern waren 200 Waghente auf der hohen Warte tätig. Nicht weniger als 35 Agiliente wurden vor den Toren des Platzes verhaftet, da sie Biletts zu erhöhten Preisen feilboten. Die Rettungsgesellschaft mußte in 19 Fällen, darunter drei ernstlich, intervenieren. Es gab 70.400 zahlende Zuschauer, 16.000 Freitarten, sowie Zehntausende, die nicht bereingelassen wurden. Bruttoeinnahme 383.666.000 Kronen, davon im Vorverkauf 323.606.000. Wahrscheinlicher Reingewinn des Verbandes 120.000.000 Kronen. (L. Tr.)

Slovakia gegen DFC. Sonntag findet auf dem Slaviaplatz das in ganz Prag mit ungeheurer Spannung erwartete Weltspiel der beiden Mannschaften statt. Im ganzen werden 22.000 Karten ausgegeben werden. Man rechnet damit, daß sämtliche Karten im Vorverkauf verkauft werden, so daß der Platz jedenfalls vor dem Weltspiel wird polizeilich abgesperrt werden. — Samstag spielen die beiden Referden der genannten Mannschaften.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der schönste Ausflug wird mit demnach verbunden, daß sich bereits nach kurzem Gehen Müdigkeit gefühlt und Fußschmerzen einstellen und dem Ausflügler den Troßhahn rufen. Ein unerschöpfbares vorbeugendes Mittel sind Palma-Kautschukablässe und Kautschuk-löhlen, welche den Gang elastisch und angenehm machen. Erschütterungen des Körpers, beim Müdigkeits-erscheinungen nicht so leicht aufkommen können. 1551a

Moorbad Bohdanec

bel Pardubic

heilt mit Erfolg rheumatische, Frauen- u. Nervenleiden, Erstaunliche Moor-, Vorkammer u. Kohlensäurebäder. Ausgedehnter Park Waldige Umgebung. Modernes Bauehaus u. Kolonnade u. Zentralheizung. Bahnhst Pardubice, fünfmal tägl. Autoverbindung. Tel.-Nr. 2 Volkspreise. Vorzügliche Verpflegung. Täglich Konzerte, Sommerreisen von 2 Mal bis 30. Septemb. Informationen erteilt umgehend die Badedirektion.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Inserieren Sie im **STEMPEL** F. CHMEL „Sozialdemokrat“ Prag II., Ne'tazanka 18.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitglieds-büchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fa-turen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstausschreibetrieb und Rotationsbetrieb. 31. 507.

Ausschreibung.

Bei der Bezirkskrankenkasse in Neudek gelangt für das Zahnambulatorium die Stelle eines

Leiters (Zahnarzt)

zur Besetzung. Bevorzugt werden Bewerber, welche eine erfolgreiche längere Kassenpraxis nachweisen können. Die Anstellung erfolgt vorläufig provisorisch auf ein Jahr. Bewerber tschechoslowakischer Staatsbürgerchaft, mit deutscher Umgangssprache haben ihre Gesuche bis 18. Juni 1923 unter Verhängnahme ihrer Ansprüche bei der bezeichneten Kasse einzubringen. 1508

Bezirkskrankenkasse Neudek

Der Direktor: Ad. Hoffmann. Der Obm.: Franz Bedec.